

Protokoll der dritten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 09.06.2015

Anwesend: Herr Körber (Vorsitzender/Stadtjugendring), Frau Heuser (CDU)
Frau Silber-Bonz (FDP), Herr Haake (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN),
Herr Kourkoulos (SPD), Herr Misch, Frau Janke-Schmidt (beide Jugendverbände)
Herr Dr. Pich (Jugendamtsealtenbeirat)

Verwaltung: Frau Clauß, Frau Kusserow, Herr Engels (Protokoll)
als Gast: Herr Kernenbach

TOP 1: Begrüßung durch die Vorsitzende

Der Vorsitzende, Niklas Körber, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

TOP 2: Protokoll der zweiten Sitzung vom 20.01.2015

Das Protokoll wurde ohne Einwände und Ergänzungen angenommen.

TOP 3: Neues Konzept für die städtischen Ferienaktionen ab 2016

Frau Clauß erinnerte an die Absage der JSR-Wahl im Sommer und die Ideenwerkstatt im Herbst 2014 sowie an die Einsetzung der Expertenrunde, über die im JHA bereits berichtet worden sei. Das Protokoll der letzten Expertenrunde liege der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage bei. Neben einer Vernetzung der Sankt Augustiner Schülervertretungen sei geplant gewesen, mit Jugendlichen ein anscheinend gut funktionierendes Partizipationsmodell in Nürnberg zu besuchen. Nach einem Vorgespräch in Nürnberg werde davon jedoch Abstand genommen.

Herr Engels berichtete über dieses Gespräch, das Herrn Kernenbach und er mit der Mitarbeiterin des zuständigen Partizipationsbüros in Nürnberg geführt hatten. Außer über die Nürnberger Erfahrungen habe es einen Austausch über allgemeine Fragen zur Partizipation Jugendlicher gegeben. Er verwies auf den ausführlichen Bericht über dieses Gespräch im Anhang des Protokolls des zweiten Treffens der Expertenrunde. Er stellte kurz die Nürnberger Module vor, die auch unter www.laut-nuernberg.de im Internet präsentiert sind. Hier werde deutlich, dass die Kommentarfunktionen auf den Internetseiten nicht genutzt würden. Auch Facebook-Diskussionen gebe es nicht. Zudem seien in den hierfür vorgesehenen Rubriken nur wenige Ergebnisse und erfolgreiche Umsetzungen der von Jugendlichen bei Jugendforen angesprochenen Themen eingestellt. Nachfragen hierzu in Nürnberg hätten unter anderem ergeben, dass Jugendliche in Nürnberg die gleichen zeitlichen Probleme hätten, sich für Partizipation zu engagieren, wie in Sankt Augustin. Um Jugendliche zur Teilnahme an Partizipationsangeboten zu motivieren sei eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Zudem sei eine Einbindung von Beziehungspersonen, z.B. aus Jugendeinrichtungen, sehr hilfreich. Alleine durch das Jugendbüro könnten keine erfolgreichen Angebote gemacht werden. Als schwierig angesehen wurden Reibungsverluste durch eine fehlende Unterstützung der Jugendpartizipation in anderen Bereichen der Stadtverwaltung und bei anderen Stellen, z.B. den Verkehrsbetrieben. Auch die Partizipationsangebote im Internet seien trotz der engen Kooperation mit einem Medienzentrum nur schwer am Leben zu halten. Facebook als soziales Medium sei für Jugendliche inzwischen out, WhatsApp als neue Plattform dürfe in Nürnberg aus Datenschutzgründen nicht verwendet werden.

Herr Kernenbach ergänzte die ebenfalls in Nürnberg diskutierte Notwendigkeit einer Wertebeschreibung des Begriffes Partizipation. Die unterschiedlichen Erwartungen der Politik und der Jugendlichen an Partizipation müssten thematisiert und in die Konzeptentwicklung einbezogen werden.

Im Anschluss stellte Frau Kusserow Überlegungen der Verwaltung vor, die in der nächsten Sitzung der Expertenrunde zur Diskussion und Ausarbeitung vorschlagen werden sollen. Zu dieser Sitzung solle auch Frau Leshwange vom LVR eingeladen werden. Unter dem Motto „Vielfalt anbieten“ sollen Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und Schule als starke Partner für Partizipation vernetzt werden. Mit dieser Klammer könne es, angelehnt an das Nürnberger Modell, folgende fünf Module geben:

1. Vernetzung der Schülervertretungen
2. Bereitstellung von Finanzmitteln für Mini-Projekte
3. Stadtteilorientierte Jugendforen
4. Stadtweites Jugendforum z.B. als Speed-Debating
5. Möglichkeiten zur E-Partizipation

Bei der folgenden Diskussion wurde die Notwendigkeit einer Zieldefinition ausdrücklich von allen Seiten bestätigt. Erst müsse geklärt werden, was die Partizipationsangebote erreichen sollen. Je nach Beantwortung dieser Frage gebe es verschiedene Angebote und Konzepte. Frau Silber-Bonz verwies darauf, dass in diese Zieldiskussion die Jugendlichen mit eingebunden werden müssen.

Auf den Hinweis von Frau Janke-Schmidt, die vorgeschlagenen Module seien personal- und kostenintensiv und Motivationsarbeit sei vor allem bei den Kooperationspartnern notwendig, erwiderte Frau Clauß, die Verwaltung habe genau aus diesem Grund von Anfang an darauf bestanden, alle Kooperationspartner mit in der Expertenrunde zu haben. Ein Modell könne nur freiwillig und mit vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden. Alle Kooperationspartner müssten auch im weiteren Prozess mitgenommen werden. Frau Silber-Bonz ergänzte, ihr sei wichtig, dass durch Partizipationsangebote nicht zu Lasten der hervorragenden niederschweligen Angebote in Einrichtungen und Jugendgruppen gehe. Es sei Aufgabe der Expertenrunde die vorhandenen Ressourcen im Auge zu behalten. Herr Engels stellte klar, es gehe nicht nur um zusätzliche Angebote. Vorhandene Strukturen, Angebote oder Projektideen könnten aufgegriffen und vernetzt werden.

Frau Janke Schmidt begrüßte den Ansatz, Vorhandenes zu nutzen. Partizipation dürfe nicht zu aufwändig sein, sonst würde sie dazu führen, einander Konkurrenz zu machen. Auch Herr Misch warnte davor, dass der personelle Einsatz für Partizipation an anderer Stelle zu Lücken führe könne.

Herr Haake lobte den breiten Ansatz und sah darin einen wichtigen Schritt nach vorne. Auch er warnte vor einer zu komplizierten und aufwändigen Umsetzungen der Module. Die Nürnberg Erfahrung habe gezeigt, dass auch mit viel Geld kein Erfolg erzwungen werden könne. Bei der E-Partizipation riet er, nicht zu viel vorzugeben, sondern auf die Kreativität der Jugendlichen zu setzen.

Herr Kourkoulos erklärte, der Bericht aus Nürnberg habe auch ihn ernüchtert, habe aber auch seine Erfahrung bestätigt. Die von den Erwachsenen definierte Partizipationsidee werde von den Jugendlichen nicht mitgetragen. Die Lebenswelt der Jugendlichen habe sich stark in Richtung Schule verändert. Nach Schulschluss seien Kinder und Jugendliche gesättigt und für Angebote und Mitwirkungsmöglichkeiten nicht mehr aufnahmefähig. Dies habe auch Folgen für die Jugendverbandsarbeit. Er schlug vor, auch stadtteilorientierte Partizipation Jugendarbeit ebenfalls an den Schulen statt bei der Jugendarbeit zu verorten.

Frau Janke-Schmidt und Herr Körber bestätigten diese Schwierigkeiten. Ein regelmäßiges Engagement Jugendlicher sei nur schwer zu erreichen, mit weitreichenden Folgen für die Jugendarbeit.

Frau Clauß fasste die Diskussion zusammen und stellte Einigkeit darin fest, dass Jugendliche zeitlich stark belastet seien und ihnen Partizipation nicht als zusätzliche Aufgabe „verordnet“ werden könne. Vielmehr müsse Partizipation chancen- und angebotsorientiert gestaltet werden. Dabei sei auch auf die Ressourcen der beteiligten Kooperationspartner zu achten. Das Engagement für Partizipation dürfe nicht zu Lasten der anderen Aufgaben in der offenen Jugendarbeit gehen. Die vorgeschlagenen Module sollen zunächst in der Expertenrunde beraten und unter Einbeziehung der vor Ort gegebenen Möglichkeiten gewichtet werden. Dabei solle aber kein endgültiges Konzept festgeschrieben werden, sondern es müsse Raum für Experimente bleiben. Nicht alles müsse Erfolg haben. Jetzt sei Zeit, damit anzufangen und auszuprobieren. Ein Feedback der Jugendlichen werde sich dann von selbst ergeben.

Frau Silber-Bonz bekräftigte diesen Vorschlag. Ein Testlauf mit der Möglichkeit an Stellschrauben zu drehen, sei von Beginn an Wunsch gewesen. Herr Kernenbach begrüßte ebenfalls ein Vorgehen im Sinne der Umsetzung einer „Versuchsanordnung“ und sah für Jugendverbände und für die Jugendeinrichtungen des Vereins die Möglichkeit, Jugendliche bei der Umsetzung kleinerer Projekte zu unterstützen. Das Modul Schule müsse aber im Aufgabenbereich der Stadtverwaltung bleiben.

Auf die Frage von Frau Janke-Schmidt, ob die Schulen an einer Zusammenarbeit Interesse hätten, erklärte Frau Kusserow, dass ein SV-Lehrer Mitglied der Expertenrunde sei und andere ihr Interesse an einer Mitarbeit geäußert hätten, ihnen diese aus Termingründen aber nicht möglich sei. Beim Kinder- und Jugendparlament gebe es bereits eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Schulen. Eine Zusammenarbeit der Schülervvertretungen sei zudem von diesen bei der Ideenwerkstatt ausdrücklich gewünscht worden. Frau Clauß ergänzte, dass auch die Schulleitungen ihr gegenüber eine Kooperation bereits befürwortet hätten.

Herr Misch sah im Austesten der Module jedoch nur eine von vier Aufgaben. Zusätzlich müsse in Verwaltung und Politik geprüft und transparent gemacht werden, welche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für eine tatsächliche Partizipation bestehen. Außerdem müssten mit der Schule Gespräche geführt werden, wie der dortige Rahmen zu ändern sei, um Partizipation zu ermöglichen und zu fördern. Weiterhin müsse innerhalb der Politik geklärt werden, welche Erwartungen an die Partizipation Jugendlicher bestehen und ob diese realistisch seien.

TOP 4: Bericht aus der AG OT vom 08.05.2015

Frau Clauß berichtete über die Arbeitsgemeinschaft der Träger der offenen Jugendarbeit nach § 78 SGB VIII (AK 78 oder auch AG OT genannt). Diese bestehe seit drei Jahren mit zwei Sitzungen pro Jahr. Sichtbare Ergebnisse seien unter anderem ergänzend zur Aufstellung des Jugendförderplans die Übersicht der Maßnahmen und Angebote nach Stadtteilen, die 2015 bereits im zweiten Jahr veröffentlicht worden sei. Ebenso seien die Absprachen über Projekte und über aktuelle Entwicklungen in der Jugendarbeit wichtige Aufgaben dieses Arbeitskreises. Allerdings sei den Trägern der für die Dokumentation notwendige Aufwand an Datenerhebung und Meldung zeitlich und personell zu belastend.

Daher sei in der letzten Sitzung die weitere Arbeit des Arbeitskreises und das Berichtswesen in einem konstruktiven Dialog Thema gewesen. Es sei verabredet worden, künftig die Übersicht federführend durch die Verwaltung jährlich zu aktualisieren, die hierzu nur noch Änderungsmeldungen bei den Trägern abfragt. Auch zur Abstimmung und Meldung der beantragten Projekte sei eine Regelung gefunden worden, die die Verwaltungsarbeit entschlackt und dennoch Transparenz schafft.

Um die Projekte künftig noch besser absprechen zu können, seien zudem die Termine für die Treffen verlegt worden: Auf Dezember für Absprachen der zum Jahresanfang anstehenden Beantragung der Projektmittel und auf Juni für Berichte und Absprachen

zur dann vorliegenden Genehmigung und Durchführung dieser Projekte. Diese Termine passten zeitlich auch für gegebenenfalls vorzubereitende Vorlagen oder Berichte für die JHA-Sitzungen im Februar und im Sommer. Damit könne der Arbeitskreis seine Aufgabe als Bindeglied zwischen Fachgremium und Jugendpolitik erfüllen.

Frau Silber-Bonz berichtete, die Präsentation der Jugendarbeit im JHA sei ebenfalls Thema der letzten AK78-Sitzung gewesen. Sie verwies auf die vielfältigen Angebote und Projekte, von denen viele durch Drittmittel finanziert seien. Das berechtigte Interesse der Jugendarbeit, einschließlich der verbandlichen Jugendarbeit, diese Arbeit präsentieren zu können, müsse jedoch mit dem ebenfalls berechtigten Interesse der JHA Mitglieder in Einklang gebracht werden, dass einzelne Sitzungen nicht durch mehrere Berichte „überladen“ werden, so dass dies zu Lasten der Aufmerksamkeit für die einzelnen Projekte gehen könnte.

Daher seien in der letzten AK 78-Sitzung vereinbart worden, dass die unterschiedlichen Träger (DKSB, Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen e.V., Offene Jugendarbeit der Kath. Kirchengemeinde St. Augustinus und Jugendverbände) in einem abgesprochenen Zwei-Jahres-Rhythmus ihre Arbeit dem Ausschuss praktisch und interessant vorstellen sollten. Abgesprochen sei, dass in der nächsten Sitzung der DKSB beginne und in den folgenden Sitzungen der Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen e.V. und die Offene Jugendarbeit der Kath. Kirchengemeinde St. Augustinus berichten könnten. Die kleineren freien Träger hätten dann im kommenden Sommer die Möglichkeit, gebündelt ihre Arbeit vorzustellen.

Herr Körber und Frau Janke-Schmidt berichteten, der Vorschlag sei in der gestrigen Vollversammlung des Stadtjugendrings besprochen worden und sei bei den Mitgliedsgruppen auf große Zustimmung gestoßen. Es seien bereits erste Überlegungen zu Inhalten und zur Präsentation diskutiert worden.

Herr Haake dankte für die ausführliche Information aus der Übersicht. Er regte an, auf dieser Grundlage im JHA zu diskutieren, ob in allen Stadtteilen die dort benötigten Angebote vorgehalten würden und ob diese auch ausreichend angenommen würden.

Frau Clauß bestätigte aus Sicht der Verwaltung die Wichtigkeit einer Übersicht für die Jugendpolitik. Sie ermögliche Transparenz und sei Grundlage für Diskussionen.

TOP 5: Sonstiges

Anmeldestand Ferienaktionen

Herr Engels stellte den Stand der Anmeldung zu den städtischen Ferienaktionen vor.

In den vier der insgesamt neun Aktionswochen entspräche die Nachfrage zurzeit genau dem Angebot mit 64 Kindern pro Woche, in drei Wochen seien jedoch noch zwischen 10 und 28 Plätzen frei. Hier werde es noch eine Presseinfo geben.

Für die erste Ferienwoche habe in der OGS-Aktion A wegen der großen Nachfrage eine zusätzliche Gruppe eingerichtet werden können, so dass hier bei 80 möglichen Plätzen ebenfalls alle 79 bisher angemeldeten Kinder teilnehmen könnten. Einzig in der letzten Ferienwoche bei der Ferienspaß-Aktion 3 in Hangelar ständen noch Kinder auf einer Warteliste. Diesen würde nochmals der Wechsel in die parallel laufende OGS-Aktion B in Mülldorf angeboten. Viele Eltern beständen allerdings auf einer wohnortnahen Betreuung.

Aufwertung der Jugendleiterkarte (Juleica)

Herr Engels berichtete, von einer Vorlage des FB Soziales und Wohnen mit dem Beschlussvorschlag, den Sankt Augustiner Inhabern einer Jugendleiterkarte bis höchstens 26 Jahren ohne weitere Prüfung die Ehrenamtskarte NRW zu gewähren.

Dieser Beschlussvorschlag, dem der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 29.04.2015 bereits zugestimmt habe, stehe am 17.06.2015 im Rat zur Abstimmung. Sollte der Stadtrat zustimmen, könnten Sankt Augustiner Jugendliche, die eine Juleica besitzen, ebenfalls in den Genuss der mit der Ehrenamtskarte NRW verbundenen Vergünstigungen auch in umliegenden Kommunen kommen. Dadurch werde das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit erheblich aufgewertet.

Vorstandswahl Stadtjugendring

Herr Körber berichtete, dass am Vortag eine Vollversammlung des Stadtjugendrings mit Vorstandswahl stattgefunden habe. Der alte Vorstand sei mit ihm als Vorsitzenden bis auf die Kassiererin, die aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl gestanden habe, wiedergewählt worden.

Weiberfastnacht 2016/2017

Auf Nachfrage von Herrn Kernenbach bestätigte Herr Engels, es habe ein Schreiben von Herrn Lübken an die Kooperationspartner der Weiberfastnachtsveranstaltungen in Sankt Augustin gegeben, in dem darauf verwiesen wurde, dass der Bauzeitenplan für den Abriss des alten Huma-Gebäudes im Juni erwartet werde. Erst danach könne die Einschränkung der Nutzung des Karl-Gatzweiler-Platzes an Weiberfastnacht 2016 und 2017 beurteilt werden. Der Verwaltungsvorstand werde auf Grundlage dieser Beurteilung eine Entscheidung über die Durchführung der Veranstaltungen 2016/ 2017 treffen. Nach Bekanntgabe dieser Entscheidung werde die Kooperationsgemeinschaft zeitnah zu einem ersten Treffen für Weiberfastnacht 2016 eingeladen, um über die Folgerungen zu beraten.

Nächster Termin

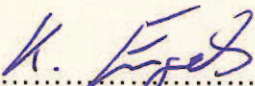
Als Termin für die vierte Sitzung des Unterausschusses wurde von der Verwaltung Dienstag, der 20.10.2015 vorgeschlagen und von den Mitgliedern akzeptiert. Ein Thema stehe jedoch noch nicht fest. Herr Misch regte an, das Thema Jugendtreffpunkte im öffentlichen Raum zu behandeln.

Jugendtreffpunkte im öffentlichen Raum

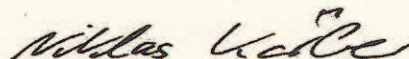
Im Zusammenhang mit dem Vorschlag von Herrn Misch erklärte Frau Kusserow, dass eine Chance bestehe im Rahmen eines stadtinternen Seminars zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen dieses Thema in einem fachbereichsübergreifenden Projekt zu bearbeiten. Es gebe eine Interessentin für dieses Projekt, ein erstes Informationsgespräch sei bereits vereinbart.

Ende der Sitzung

Der Vorsitzende, Niklas Körber, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für deren Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 19.55 Uhr.

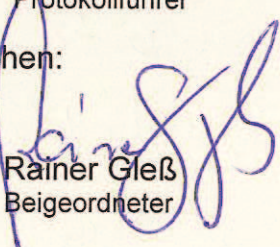


Klaus Engels
Protokollführer



Niklas Körber
Vorsitzende des Unterausschusses

Gesehen:



Rainer Gleß
Beigeordneter